



Presseinformation

Nr. 039/2011

Kiel, Freitag, 28. Januar 2011

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Jugendpolitik

Christopher Vogt: Mit eigenen Initiativen die Perspektiven der jungen Generation verbessern

In seiner Rede zu **Top 49** (Zukunftsperspektiven der jungen Generation) sagte der jugendpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Vielen Dank an den Minister für seinen Bericht und Dank auch an die Kollegen von den Grünen für die Beantragung. Wenn über die heutige Generation gesprochen wird, hört man oft Bewertungen wie die des Jugendforschers Professor Dr. Klaus Hurrelmann, der diese Generation als die ‚pragmatische Generation‘ und auch als ‚eine Generation unter Druck‘ beschreibt. Beides ist sicher richtig, die letzte Shell-Studie hat dies jedenfalls ganz ähnlich abgebildet.

Erfreulich ist aus unserer Sicht die weiterhin mehrheitlich vorhandene optimistische Grundhaltung, die zuletzt auch trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder größer geworden ist. Als größte Unsicherheitsfaktoren beim Blick in die Zukunft sehen die Jugendlichen den Klimawandel und den Demographischen Wandel. Der jungen Generation ist bewusst, dass junge Menschen in den nächsten Jahrzehnten eine zunehmend kleinere Gruppe in der Gesellschaft bilden werden und sie sehen die Gefahr für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das zeigt sich auch darin, dass heute viele Jugendliche zum Ziel haben, den Lebensstandard ihrer Eltern zu halten, das ist wohl der größte Unterschied zu vorherigen Generationen, die diesen immer eher steigern wollte.

Auch wenn es politisch sehr unangenehm und heikel ist und die Wählergruppe der Älteren zunehmend größer wird, müssen unsere sozialen Sicherungssysteme – vor allem die Renten- und

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Pflegeversicherung – zukunftsreicher als bisher gestaltet werden. Ganz entscheidend ist es aus unserer Sicht, die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern oder auch wieder herzustellen. Auch wenn die Opposition es immer nicht hören mag: Die endlich angepackte Haushaltskonsolidierung ist von ganz elementarer Bedeutung für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation. Ein durch Überschuldung handlungsunfähig gewordener Staat trifft nie in erster Linie die Wohlhabenden, sondern immer erst die Schwächeren der Gesellschaft. Ohne nachhaltige Finanzpolitik gibt es keine Generationengerechtigkeit.

Klar ist auch, dass die Unterschiede innerhalb dieser Generation größer als in vorherigen Generationen sind, was natürlich mit dem Auseinanderdriften der sozialen Milieus in unserer Gesellschaft zu tun hat. Das ist nicht nur ein jugendpolitisches Phänomen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Während die Jugend hierzulande heterogener geworden ist, wird sie sich europa- und weltweit insgesamt immer ähnlicher. Und ich finde, wir sind gut beraten, wenn wir vorhandene Austauschmöglichkeiten in Europa und darüber hinaus weiter unterstützen und dabei helfen, diese auszubauen.

Während meiner Schulzeit war die Angst vor späterer Arbeitslosigkeit noch deutlich ausgeprägter als die damals noch eher abstrakte Angst vor dem Demographischen Wandel. So schnell ändern sich die Zeiten. Heute sind die Sorgen bezüglich der persönlichen beruflichen Perspektive geringer geworden, aber viele junge Menschen machen sich zu Recht Sorgen über die soziale Sicherung in einer durchschnittlich älter gewordenen Gesellschaft, in der wir in den nächsten Jahrzehnten leben werden.

Für uns steht fest, dass wir in dieser kleiner werdenden Gruppe der Jüngeren niemanden zurücklassen dürfen und deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung auch in Zeiten der finanziellen Konsolidierung eine ganz Reihe an präventiven Maßnahmen und Projekten unterstützt. Hinzu kommen neue bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen, in die das Land mit dem letzten Haushalt eingestiegen ist, wenn man an den Einstieg in die Schulsozialarbeit oder die schulvorbereitenden KiTa-Modellprojekte denkt.

Wichtig war auch, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen die Kürzungen im Jugendbereich noch etwas abmildern konnten. Den Verbänden ist klar, dass sie zukünftig auch andere Quellen zur Finanzierung stärker nutzen müssen, aber dafür brauchen sie auch entsprechend Zeit.

Wir müssen insgesamt für mehr Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit in unserer Gesellschaft sorgen. In der immer schneller voranschreitenden Globalisierung sehen die jungen Menschen mehrheitlich mehr Chancen als Risiken und darin unterscheiden sie sich vermutlich von Vielen in der älteren Generation. Die junge Generation lebt wie selbstverständlich mit dem Internet. Die schulische Vermittlung von Medienkompetenz kann mit dieser Entwicklung kaum mithalten, aber

gerade die Aufklärung der ja unbestritten vorhandenen Gefahren muss den jungen Menschen in den Schulen vermittelt werden.

Die Landesregierung hat in ihrem Bericht die zahlreichen Maßnahmen und Projekte beschrieben, die das Land durchführt oder unterstützt. Ich möchte hier vor allem das „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ und die „Landespartnerschaft Schule und Wirtschaft“ kurz eingehen, die Bestandteil des ‚Bündnisses für Ausbildung‘ ist, hervorheben. Wir haben zum Glück eine verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen, aber diese Maßnahmen sind sehr wichtig, weil es für die Entwicklung eines jungen Menschen ganz entscheidend ist, ob nach der Schulzeit der Übergang in Ausbildung und Beruf gelingt oder eben nicht. Die jungen Menschen wollen heute mehr denn je Karriere und Familie miteinander verbinden. Die Familie ist den Jugendlichen sehr wichtig und neben dem beruflichen Erfolg wünschen sie sich ein stabiles soziales Umfeld, in dem sie das Leben genießen können. Erfreulich finde ich den ausgeprägten Wunsch, später eigene Kinder haben zu wollen und wir sind auf dem richtigen Weg, die Betreuungsmöglichkeiten weiter auszubauen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser als bisher zu erreichen ist.

Ein Großteil der jungen Menschen hat erkannt, dass Bildung der entscheidende Erfolgsfaktor für die Zukunft ist, der Unabhängigkeit und Sicherheit bringt. Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und ein erfolgreiches Berufsleben und es sind vor allem die Mädchen und jungen Frauen, die in diesem Bereich immer stärker auf dem Vormarsch sind. Das ist sehr erfreulich und unterstreicht einmal mehr die zunehmende Bedeutung der Frauen in unserer Gesellschaft.

Jedoch müssen wir auch feststellen, dass in unserem Bildungssystem die männlichen Jugendlichen zunehmend als Verlierer dastehen und es ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern erkannt worden, dass dafür gesorgt werden sollte, dass der Beruf des Erziehers und des Lehrers auch für Männer wieder attraktiver wird, weil es für die Entwicklung der Jungen wichtig ist, dass es männliche Bezugspersonen gibt, da diese zu Hause nicht selten fehlt. Hier muss es verstärkt Initiativen geben, was auch eine der Forderungen der Autoren der Shell-Studie ist.

Die Shell-Studie zeigt uns wieder einmal, dass die junge Generation oft anders tickt als von einigen Älteren vermutet. Die jungen Menschen fordern heute klare sozialmoralische Regeln ein, sie wollen ihr Leben eigenverantwortlich und unabhängig gestalten und 39 Prozent der Befragten setzen sich selbst auch für soziale und gesellschaftliche Zwecke ein. Dieser Generation sind Werte wie Hilfsbereitschaft, Verlässlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtiger als allgemein angenommen.

Unsere Aufgabe ist es aus meiner Sicht vor allem, weitere Integrationsmaßnahmen zu unterstützen, der Abwanderung vieler hochqualifizierter junger Menschen und politischem Extremismus unter den jungen Menschen aktiv entgegen zu wirken. Das sind große

Herausforderungen, das macht man nicht mal eben so mit einem einzelnen Antrag hier im Landtag.

Nach der Auseinandersetzung mit der Shell-Studie und dem Bericht der Landesregierung sind wir alle aufgefordert, parlamentarisch aktiv zu werden, um mit eigenen Initiativen die Perspektiven der jungen Generation zu verbessern. Die Forderungen der Autoren der Shell-Studie sind umfangreich und vor allem bildungs-, sozial- und medienpolitischer Natur. So wird beispielsweise erneut gefordert, Familien umfangreicher als bisher zu unterstützen.

Abschließend möchte ich deshalb noch einmal kurz auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingehen. Zunächst hatte ich mich nur gewundert, warum die SPD-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt einen Änderungsantrag eingereicht hat. Ich hatte nicht so ganz verstanden, was genau die SPD ändern möchte. Nachdem ich diesen so genannten Änderungsantrag aber genau gelesen hatte, war ich wirklich erstaunt. Der Antrag fasst über drei Seiten völlig oberflächlich die SPD-Programmatik mit einer ganzen Reihe an nicht finanzierten Maßnahmen zusammen und beinhaltet teilweise lächerliche Allgemeinplätze, die wohl jeder Mensch sofort unterschreiben würde. Er geht mit keinem Satz direkt auf die Shell-Studie oder den Bericht der Landesregierung ein. Obwohl der SPD-Änderungsantrag inhaltlich ziemlich peinlich und des Themas wenig würdig ist, würden wir einer Überweisung in den Sozialausschuss zustimmen. Vielleicht wird die SPD dort ja bereit sein, sich mit dem Thema inhaltlich etwas ernsthafter auseinander zu setzen.“